

NACHRICHTEN

AUTOKONZERN

Stellantis will 1500 Stellen in Turin abbauen

Der Autokonzern Stellantis hat mit den zuständigen Gewerkschaften eine Vereinbarung zum Abbau von etwa 1500 Stellen in der italienischen Stadt Turin unterzeichnet. Die Mitarbeiter sollen die Möglichkeit bekommen, mit finanziellen Anreizen zu gehen, wie italienische Medien berichteten. Stellantis bestätigte die Einigung über den freiwilligen Abgang von Mitarbeitern. Der Autokonzern ging im Januar 2021 aus der Fusion von Fiat Chrysler und der französischen PSA-Gruppe hervor. (dpa)

GENOSSENSCHAFTSBANKEN Nur leichtes Wachstum bei Kreditnachfrage

Privat- und Geschäftskunden in Baden-Württemberg sind 2023 bei Krediten merklich zurückhaltender als im Vorjahr gewesen. Das berichteten die Genossenschaftsbanken im Südwesten. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sehr verhaltene Wohnungsneubau spiegeln sich in einer deutlich reduzierten Kreditnachfrage wider, hieß es. Demnach hätten die Kreditbestände zwar um 2,7 Prozent auf 136,4 Milliarden Euro zugelegt, allerdings habe das Wachstum im Vorjahr noch bei 7,3 Prozent gelegen. (dpa)

METALL-BETRIEBSRÄTE Firmen investieren zu wenig im Inland

Bei einer Umfrage der IG Metall haben Betriebsräte die mangelnde Investitionsbereitschaft ihrer Betriebe kritisiert. Nach Einschätzung der Arbeitnehmer stecke rund die Hälfte der Unternehmen zu wenig Geld in die heimischen Standorte, wie die Gewerkschaft berichtete. Jedes fünfte Unternehmen investiere sogar „deutlich zu wenig“. An der Umfrage haben sich die Betriebsräte aus knapp 2600 Firmen aus dem Organisationsbereich der IG Metall beteiligt. (dpa)

Warum Schweizer so selten streiken

- Rechtslage ist mit Deutschland vergleichbar
- Viele Akteure an der Problemlösung beteiligt



VON SANDRA MARKERT
wirtschaft@suedkurier.de

Zürich – Lokführer, Flughafen-Sicherheitspersonal, Flugbegleiter, Busfahrer: Irgendjemand hat in den vergangenen Wochen im Verkehrssektor immer gestreikt. Reisende waren genervt – und konnten neidisch auf die Schweizer Nachbarn blicken. Denn dort sind solche Streikwellen unbekannt. Gerade einmal einen Ausfalltag pro 1000 Beschäftigte gab es dort durchschnittlich in den Jahren 2012 bis 2021. In Deutschland waren es in der gleichen Zeit 18 arbeitskampfbedingte Ausfalltage, wie eine Studie des Düsseldorfer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftli-



Möglich ist es, aber selten: Ein Streik in Basel im Juni 2023. Aufgerufen hatten unter anderem Gewerkschaften. BILD: DPA



„Die Schweiz hat überhaupt keine Streikkultur, sondern eine Problemlösungskultur.“

Stefan Heini, Schweizerischer Arbeitgeberverband

chen Instituts zeigt. Dürfen die Schweizer nicht streiken? Regeln sie ihre Konflikte anders? Oder sehen sie gar keine Gründe, um ihre Arbeit niederzulegen? Das sagen Experten.

Die rechtliche Lage

Fast jeder zweite Arbeitnehmer in der Schweiz untersteht einem sogenannten Gesamtarbeitsvertrag (GAV). „Hier wird häufig eine Friedenspflicht vereinbart, wonach Lösungen mittels Gesprächen gesucht werden müssen, nicht via Streiks“, sagt Stefan Heini vom Schweizerischen Arbeitgeberverband. Er weist aber auch darauf hin, dass diese GAVs im gemeinsamen Einvernehmen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern ausgehandelt werden. „Es sind die Gewerkschaften, die überall GAV möchten“, so Heini.

Auch in Deutschland gibt es sehr viele Beschäftigte, die einem Tarifvertrag unterstehen – beispielsweise die Lokführergewerkschaft GDL. Gestreikt wird trotzdem. Weshalb Roger Rudolph,

Wirtschaftlicher Schaden

Arbeitsniederlegungen kosten sehr viel Geld. Streikt die Bahn bundesweit, kostet das pro Tag rund 100 Millionen Euro an Wirtschaftsleistung, sofern die Produktion und die Geschäftstätigkeit der Unternehmen branchenübergreifend gestört werden. Diese Berechnung stammt vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW). In Frankreich gilt die Faustformel, dass eine Woche Generalstreik den Verlust von 0,1 Prozent Wirtschaftswachstum bedeutet. (sam)

Professor für Arbeitsrecht an der Universität Zürich, auch sagt: „Die Rechtslage in der Schweiz in Bezug auf das Streikrecht ist durchaus vergleichbar mit jener in Deutschland. Insbesondere ist das Streikrecht in der Schweiz verfassungsrechtlich gewährleistet.“ Die Gründe für die unterschiedliche Bedeutung von Streiks sieht er vor allem in einer anderen Konfliktlösungskultur.

Das politische Verständnis

Die Schweiz ist eine sogenannte Konkordanz-Demokratie. Das bedeutet, es wird versucht, eine möglichst große Anzahl verschiedener Akteure in politische Prozesse einzubeziehen. „Alle wesentlichen politischen Kräfte sind in

die Regierung eingebunden“, sagt Roger Rudolph. Deren Arbeit ist geprägt von der Suche nach Kompromissen und Konsens – das wirkt sich auch auf die Gesellschaft aus.

„Die Schweiz hat überhaupt keine Streikkultur, sondern eine Problemlösungskultur“, sagt Stefan Heini. Streiks seien destruktiv und ließen in der Regel nur Verlierer zurück. „Würde bei uns so viel gestreikt wie in Deutschland, wäre unsere gelebte Sozialpartnerschaft gescheitert“, so Heini. Auch Roger Rudolph sagt: „Es gibt in der Regel ein gemeinsames Verständnis, dass ein Arbeitskampf nur die letzte Lösung sein kann.“ Während in der Schweiz beim Aushandeln eines GAV in den meisten Fällen eine Einigung erzielt wird, rufen die Gewerkschaften in Deutschland häufig bereits während der Verhandlungen zum Arbeitskampf auf.

Die Gewerkschaften

In der Schweiz gibt es zwar Gewerkschaften. „Ihr Organisationsgrad, also die Zahl ihrer Mitglieder, ist seit einigen Jahren jedoch abnehmend“, sagt Roger Rudolph. In Deutschland dagegen zeichneten die Gewerkschaften im Jahr 2023 stark steigende Mitgliedschaften, allein bei der zweitgrößten deutschen Gewerkschaft Verdi kamen 193.000 neue Mitglieder hinzu – laut Verdi der größte Zuwachs seit der Gründung im Jahr 2001.

Das hängt aber auch damit zusammen, dass in Deutschland das Streikrecht eben nur Gewerkschaften zusteht. In Frankreich dagegen, wo die Beschäftigten durchschnittlich auf 93 Streiktagen pro 1000 Beschäftigte kommen, kann jeder anfangen, zu streiken. Weshalb dort deutlich weniger Arbeitnehmende Mitglied einer Gewerkschaft sind als in Deutschland.

Bei der Deutschen Bahn, wo traditionell viel gestreikt wird, kommt die besondere Situation hinzu, dass es mit der GDL und der EVG zwei Gewerkschaften gibt, die sich jeweils profilieren wollen.

Die Arbeitszufriedenheit

Verschiedene Umfragen wie etwa das Schweizer HR-Barometer, welches regelmäßig die Einstellungen, Wahrnehmungen, Stimmungen und Absichten von Beschäftigten in der Schweiz misst, zeigen immer wieder: Die meisten Schweizer sind sehr zufrieden mit ihrem Arbeitsplatz, die Beschäftigungssituation ist gut, die Verbundenheit mit dem Unternehmen hoch, die Mitarbeiter gut bezahlt. Es gibt also einfach selten gute Gründe, um zu streiken.

Das lesen Sie zusätzlich online



Nach langem Tarifstreit: Bahn und GDL einigen sich bei 35-Stunden-Woche: www.sk.de/11950196

Konjunktur kommt nicht in Fahrt

VON ANDREAS HOENIG, DPA

Berlin – Führende Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Konjunkturprognose für Deutschland deutlich gesenkt. Sie sprachen von Gegenwind für die Wirtschaft aus dem In- und Ausland. „Die Wirtschaft in Deutschland ist angeschlagen“, sagte Stefan Kooths vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW). Die Institute erwarten für dieses Jahr nur noch ein Wachstum von 0,1 Prozent. Im Herbst waren sie von einem Plus des Bruttoinlandsprodukts für 2024 von 1,3 Prozent ausgegangen.

Für das kommende Jahr belassen die Institute die Prognose mit plus 1,4 Prozent nahezu unverändert. Die deutsche Wirtschaft kränkele, heißt es in der Frühjahrsprognose. 2023 war die Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent zurückgegangen. Derzeit bewegt sie sich auf einem Niveau, das kaum über dem vor der Pandemie liegt. „Seitdem tritt die Produktivität auf der Stelle“, stellen die Wissenschaftler fest. Eine zähe konjunkturelle Schwächephase gehe mit schwindenden Wachstumskräften einher. Der private Konsum sei weniger dynamisch als erwartet. Die Ausfuhren seien trotz steigender weltwirtschaftlicher Aktivität zurückgegangen. Durch ein tiefes Tal gehe die Bauwirtschaft. Dieses Jahr avanciere der private Konsum zur wichtigsten Triebkraft, im kommenden Jahr dann vermehrt das Auslandsgeschäft. Zwar dürfe ab dem Frühjahr eine Erholung der Konjunktur einsetzen, die Dynamik werde aber nicht allzu groß ausfallen. Die Institute sehen außerdem eine „Politikunsicherheit“, die auf der Investitionstätigkeit der Unternehmen laste.

ANZEIGE

Werbung führt zu nix.

Doch, hier!



Denn per Zeitung landet Ihre Botschaft im Kopf – nicht im virtuellen Nirvana. 64% der Print-Leser und 63% der E-Paper-Leser schenken der Zeitungswerbung wirklich Beachtung.

64%
Print-Leser

63%
E-Paper-Leser

Quelle: ZMG E-Paperstudie 2022

Hier erreicht Ihre Werbung mehr Köpfe, mehr Reichweite.



Jetzt schalten!

Tel. +49 (0)7531 999 0
sk-one.de



Gehört zu mir.

SÜDKURIER